



öffentlich

<b>Vorlage</b>			
<b>Betreff</b>			
<b>Änderung der Satzung der VRR AöR</b>			
<b>Organisation</b>	<b>Bereich/Periode/Jahr/Lfd. Nr./Nachtrag</b>	<b>Datum</b>	<b>Lfd. Nr. BPL</b>
<b>AöR</b>	<b>J/X/2021/0111/1</b>	<b>20.09.2021</b>	<b>3</b>

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Zuständigkeit</u>	<u>Sitzungstermin</u>	<u>Ergebnis</u>
Verwaltungsrat der VRR AöR	Kenntnisnahme	24.09.2021	<input type="checkbox"/>
Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR	Entscheidung	24.09.2021	<input type="checkbox"/>

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Nachtrag gem. Drucksache Nr. J/X/2021/0111/1 zur Kenntnis.
2. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR stimmt der Änderung der Satzung der VRR AöR gemäß den Formulierungen in der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage (rechte Spalte der Synopse) zu.
3. Die Änderungen der Satzung der VRR AöR treten nach der Zustimmung der Kommunalaufsicht und der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
4. Die Beschlussfassung zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen der Regeln zur Entschädigung der Mandatsträger wird in den nächsten Sitzungsblock verschoben. Zur Ermittlung der Höhe der Entschädigung der Mandatsträger sind bis auf weiteres die Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vom 06. Juli 2021 und vom 02. Juni 2021 anzuwenden.

**Finanzielle Auswirkungen:**

- Keine
- Ist im aktuellen Wirtschaftsplan berücksichtigt.
- Kann aus eingesparten Mitteln des aktuellen Wirtschaftsplans finanziert werden.
- Greift im nächsten und/oder Folgejahren und wird im Wirtschaftsplan eingeplant.
- Wird durch Fördermittel finanziert (Fördersatz: \_\_\_ % / Eigenmittel \_\_\_ %)

**Personelle Auswirkungen:**

- Keine
- Ist im aktuellen Stellenplan berücksichtigt.
- Wird mit dem bestehenden Personal umgesetzt/durchgeführt werden.
- Abweichend vom Stellenplan wird zusätzliches Personal benötigt (siehe Begründung).
- interne Finanzierung     externe Finanzierung

**Begründung/Sachstandsbericht:**

1. Nach umfangreichen interfraktionellen Abstimmungen besteht Einigkeit, die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen der Regeln zur Entschädigung der Mandatsträger in den nächsten Sitzungsblock (hauptsächlich §§ 22, 22a) zu verschieben.
2. Im Zuge der Vorbereitung der Beschlussfassung zu den Satzungsänderungen wurden zahlreiche Gespräche mit den Fraktionen und Fraktionsvorständen geführt. Schwerpunkt der Gespräche war insbesondere die Anpassung der Entschädigungsregelungen.

Insbesondere die von Prof. Dr. Oebbecke gutachterlich festgestellte Verfassungswidrigkeit des § 17 Abs. 1 Satz 4 GkG hat zu kritischen Rückfragen hinsichtlich des Vorschlags zur Änderung der Entschädigungsregelungen geführt, da dieser ja dann offensichtlich auf einer verfassungswidrigen Rechtsnorm beruhe.

In diesem Zusammenhang hat auch ein intensiver politischer Meinungsaustausch zwischen einzelnen Mitgliedern der VRR-Verbandsversammlung und den Spitzen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung stattgefunden. Dabei ging es in erster Linie um die Änderung des GkG dergestalt, dass die Vorschrift des § 17 Abs.

1 Satz 4 GkG durch eine verfassungskonforme Regelung ersetzt werden soll. Nach aktuellem Kenntnisstand wird dabei auch die von Prof. Dr. Oebbecke vorgeschlagene Lösung erwogen.

Prof. Dr. Oebbecke hat in seinem Gutachten vom 26. März 2021 auf Seite 24 folgende Änderung des § 17 Abs. 1 GkG vorgeschlagen:

„Für die Mitglieder der Verbandsversammlung gilt § 45 der Gemeindeordnung entsprechend. Die Verordnung nach § 45 Abs. 7 der Gemeindeordnung ist nach Maßgabe des § 8 dieses Gesetzes anzuwenden. Wenn mit Art und Umfang der Aufgabenstellung des Verbandes besondere Verantwortung für die Verbandsversammlung verbunden ist, kann die Verbandssatzung die Anwendung der für die Mitglieder der Landschaftsversammlungen geltenden Bestimmungen der Verordnung nach § 45 Abs. 7 der Gemeindeordnung vorsehen.“

Mehrere Mandatsträger im VRR, darunter auch Hauptverwaltungsbeamte und Vertreter der KPV, haben in einzelnen Gremiensitzungen im VRR berichtet, dass nach Auskunft der Spitzen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung eine Gesetzesnovellierung der kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts (darunter auch § 17 Abs. 1 Satz 4 GkG) in Vorbereitung sei und im Laufe des Monats Oktober in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werde.

Vor diesem Hintergrund ist eine politische Diskussion darüber entstanden, ob es sinnvoll sei, im September eine Entschädigungsregelung zu verabschieden, die ggfls. einen Monat später schon wieder obsolet bzw. mit dem geltenden Recht nicht mehr kompatibel sei, weil sich die gesetzlichen Grundlagen geändert haben.

Infolge dieser Argumentation und dem daraus resultierenden weiteren politischen Beratungsbedarf haben sich die Fraktionen dafür ausgesprochen, die Beschlussfassung über die vorgeschlagene Änderung der Entschädigungsregelungen in den nächsten Sitzungsblock zu verschieben.

3. Für die Bestimmung der Höhe der Entschädigungen sollen bis auf weiteres die von der Kommunalaufsicht festgelegten Grundlagen zur Anwendung kommen.
4. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats und der Ausschüsse in Bezug auf Unter-

nehmensvertreter und sachkundige Einwohner soll im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Gremien und Organe im Rahmen einer aktualisierten Verbundausrichtung verbunden mit einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen NVN und ZV VRR neu diskutiert werden. Aktuell erhalten zunächst die Fahrgastverbände auch Gaststatus im Verwaltungsrat. Im Übrigen bleibt die Zusammensetzung der Organe der VRR AöR bis auf weiteres unverändert. Die ständigen Gäste des Verwaltungsrates und der Ausschüsse gelten bis dahin als sachkundige Einwohner im Sinne von § 58 Absatz 4 GO NRW.

5. Die Zuständigkeit des Vergabeausschusses wird auf Wunsch der Fraktionen um die Zuständigkeit für Entscheidungen in allen Vergabeverfahren oberhalb des EU-Schwellenwerts ergänzt.
6. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Anpassungen zur Beseitigung von Satzungslücken bzw. zur ergänzenden Klarstellung, teilweise auch, um die im jeweiligen Fall gelebte Praxis in Rechtsnormen zu überführen.
7. Da die Regelung zu Dringlichkeitsentscheidung bis zum 31.10.2020 befristet war, wird vorgeschlagen, einen neuen „Notfallmechanismus“ einzuführen, dergestalt, dass die Ladungsfrist in bestimmten Fällen auf 12 Stunden (im Einvernehmen auch noch kürzer) verkürzt werden kann.
8. Änderungen der Satzung der VRR AöR bedürfen einer Zwei-Drittel-Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR und einer Drei-Viertel-Mehrheit der Verbandsversammlung des Zweckverbandes NVN.